

Herr Präsident,
Mitglieder in Regierung und Parlament,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,

Die Haushaltsdebatte 2013 –

Es ist die letzte Haushaltsdebatte für diese Legislaturperiode, die letzte auch in dieser Konstellation hier im Parlament.
Und vielleicht die Letzte mit dieser Opposition. Vielleicht auch die Letzte für die Mitglieder dieser Regierung.

Meine Damen und Herren, ein Kollege brachte im Rahmen einer Haushaltsdebatte vor einem Jahr den treffenden Vergleich mit dem Film.

„Und täglich grüßt das Murmeltier“

Ja, es ist jedes Jahr dasselbe Schauspiel. Ein Drama, wo jeder den Ausgang kennt. Und am Ende sagen 13 Abgeordnete schön - Ja.

Im Grunde weiß jeder in welcher Lage wir uns befinden.

Seit Jahren wird es nicht besser und wir streiten uns immer und immer wieder, und drehen uns irgendwie doch im Kreise.

Dabei ist offensichtlich, dass es nicht rosig aussieht, und dies hat nicht ausschließlich etwas mit externen Faktoren oder einer externen Krise zu tun.

Nein, vieles wurde falsch eingeschätzt, und man verplante Gelder welche man sich erhoffte. Man ist enorme Verpflichtungen eingegangen als man mit gewagten Prognosen sich die Lage schöngerechnet hat.

So habe ich vor drei Jahren anhand von klaren Fakten aufgezeigt, dass die von der Regierung benutzten Zahlen reine Spekulation waren.

Sie erinnern sich, nachzulesen im Ausführlichen Bericht Nr. 17 vom 06-12-2010.

Damals ging die Regierung von einem permanenten Wirtschaftswachstum von 2% aus, während mehr als 23 Jahren!

Ich hatte anhand von Statistiken und Untersuchungen u.a. der Uni Heidelberg dargelegt, dass es solch ein permanentes Wachstum in keinem Industrieland in den letzten 150 Jahren gegeben hat. Trotzdem fußte die Regierung ihren Haushalt darauf, und verplante dieses Geld, was sie dachte zu bekommen.

Der zuständige Finanzminister bemerkte in seiner Replik im Dezember 2010 zu den von mir veröffentlichten Analysen:

„Darüber kann man natürlich diskutieren und man kann auch Varianten aufzeigen, aber bei der Kombination der beiden Zahlen und der Festlegung ihrer Auswirkungen auf unsere Einnahmen ist ein Durchschnitt von 1,8 % an Inflation und 2 % an Wachstum durchaus realistisch.“ – meinte er.

...Etwas weiter sagte er: „Wie dem auch sei, man kann über diese Zahlen diskutieren, aber sie bilden die Grundlage.“

Seltsam ist nur, dass diese Grundlage permanent verändert wurde.

Fast jede der folgenden Prognosen, wurde nach unten angepasst, und man musste mit kleineren Zahlen rechnen.

Und das unredliche an dieser Regierung war, die ständigen Behauptungen sie müsse mit weniger Geld auskommen.

Sie erinnern sich, wie oft haben wir uns das in den letzten Jahren hier anhören müssen, oft wurde dies von mir angesprochen und klar dargelegt, dass es sich nicht um Mindereinnahmen handelt.

Und ich glaube dies ist ein entscheidender Punkt, ein entscheidender Punkt für die Glaubwürdigkeit dieser Regierung. Und den Umgang mit der Wahrheit.

Der zuständige Arbeitsminister Oliver Paasch, hat vor einigen Monaten in einem Interview gesagt: Zitat: „Immerhin mussten wir mit 184 Millionen € weniger auskommen.“ Das stimmt ganz einfach nicht.

Oft habe ich Ihnen versucht zu erklären, dass DG nie Mindereinnahmen hatte. Und wenn sie sich die Ausführlichen Berichte zu den Haushaltsdebatten anschauen, dann werden Sie an den Zwischenrufe der Minister erkennen, wie dies anfangs bestritten wurde, ja wir wurden beschimpft wenn wir darüber sprachen und Zahlen aus dem Haushalt vorlasen.

Später jedoch so in der Vorstellung zu diesem Haushalt hat der zuständige Finanzminister zumindest in einem Nebensatz bestätigt, dass es sich um: Zitat „... Mindereinnahmen im Vergleich zu dem, was wir an Einnahmen hätten erwarten können.“ handelt.

„Hätten erwarten können, wenn es diese Krise nicht gegeben hätte.“
Zweimal hätte – hätte...

Dabei war spätestens Ende 2008, nach der Lehmann Pleite klar ersichtlich dass wir auf eine Krise zusteuern. Und da hat die DG Regierung noch Prognosen aufgestellt von permanentem Wirtschaftswachstum bis zum Jahre 2039.

Und dies auch noch ein Jahr später.

Und auch mehr als ein Jahr später hat Herr Lambertz auch noch gesagt:

„...dass dies durchaus realistisch sei...“

Meine Damen und Herren,

auf „hätten erwarten können“ kann man nicht bauen, das ist keine gesunde Basis.

Und dies zeichnet Ihre Regierungsarbeit aus.

Es wäre redlich, wenn der zuständige Arbeitsminister dies auch klar und deutlich aussprechen würde, anstatt zu behaupten wir hätten Mindereinnahmen und hiermit dann die Menschen in die Irre zu führen mit Aussagen, wie ich sie eben genannt habe.

Um Klarheit zu schaffen, hab ich diesbezüglich eine Schriftliche Frage eingereicht, und in der Antwort können Sie erkennen, dass die DG, stetig steigende Einnahmen hat. Es handelt sich um die schriftliche Frage Nr. 160.

In der Antwort sehen Sie die Einnahmen der DG ohne Anleihen der Jahre 2004 bis 2012. Ich werde eine Kopie dieser Antwort meiner Rede beilegen.

Klar ist das die DG, nie mehr Einnahmen hatten als 2012.

Bitte schauen Sie sich diese Antwort in Ruhe an, und seien Sie dann, mein Appel ist hier nicht nur an die Regierung sondern auch an die Mehrheitskollegen gerichtet, so redlich und sagen es auch den Bürgern.

Anstatt zu behaupten die DG hat mit Mindereinnahmen auskommen müssen, sollte es heißen: „Wir haben uns verplant.“ Vielleicht erleben wir am Donnerstag, diese politische Größe, und der Finanzminister spricht dies in seiner vielleicht letzten Haushaltsdebatte auch an.

Meine Damen und Herren,

auch haben Regierungsmitglieder und Mehrheitskollegen bei Haushaltsdebatten und den Einnahmen immer wieder den Vergleich gezogen zu den indexierten Löhnen,

welche die DG auszahlt. Dass die Löhne indexiert sind, damit hat jedes Unternehmen in Belgien zu rechnen.

Aber, kein Unternehmen baut ein Geschäft auf, auf der Basis solch einer wackeligen Kalkulation, wo man nach einigen Jahren sagt, wenn es schief läuft:

„Das Hätten wir erwarten können..“ – so wie es der Finanzminister gesagt hat.

Das sind meistens Sprüche die ein Richter hört – wenn es an den Konkurs geht – und der Schuldenmacher vor ihm steht.

Ja, aber das hätte ich doch erwarten können, Herr Richter...

Meine Damen und Herren,

ist das die Basis einer gesunden Politik, ist das die Basis auf denen eine Gemeinschaft bauen kann, ist dies die Basis für Vertrauen?

Und kann man einem Finanzminister vertrauen, der dies als Basis für seine Prognosen nimmt und der vor drei Jahren noch von durchaus realistischen Zahlen sprach und einem Arbeitsminister der die falschen Thesen von den Mindereinnahmen immer wiederholt.

Diese Fragen sollte jeder Bürger für sich beantworten.

Für mich benutzt hier ein Finanzminister diesen Satz, um zu verdeutlichen das seine Politik gescheitert ist.

Vielleicht war es ihm, im Moment wo er es ausgesprochen hatte, gar nicht bewusst.

Er war wie so oft im Versuch, abzulenken, kleine Witze zu machen.

Dabei, und das hab ich vor einem Jahr schon gesagt, geht dieser Regierung mehr und mehr der Dampf aus und die Versuche des Lokführers den Zug auf den Schienen zu halten, versagen mehr und mehr.

Und er weiß es, und Sie meine Damen und Herren, Sie wissen es auch!

Die DG, hat keine Kohlen mehr, es gibt keine Reserven!

Die DG hält sich mit Kassenkrediten über Wasser.

Und die Regierenden lassen es sich immer noch ganz gut gehen.

Solange monatlich mehr als 3.900,- € an Pensionsbeiträgen für den Parlamentspräsidenten gezahlt werden,

solange 4 Minister, mit 5 Chauffeuren sich chauffieren lassen.

Solange Minister monatlich zu ihrem sehr hohen Gehalt 500,- € an steuerbefreiten Unkostenpauschale bekommen, für welche es nicht möglich oder nicht üblich ist Belege zu erhalten, und solange der zuständige Arbeitsminister, dies noch nicht einmal erkennt, und davon spricht dass die Regierung Bescheiden sei, solange kann man davon ausgehen, dass die Regierung sich nicht durch Bodenständigkeit auszeichnet sondern durch ein abgehobenes Verhalten, welches nichts mehr mit der Realität zu tun.

Diese Leute haben sich ganz einfach vom Bürger entfernt!

Es ist vielleicht auch zu viel Zeit vergangen, dass einige hier im Hause sich noch in der Berufswelt außerhalb der Politik befunden haben.

Ich glaube in all den Jahren, des Regierens oder des Herrschens ist Einigen der Bezug zur Realität abhanden gekommen.

Und das Kleben an der Macht, ist selten dem Bürger dienlich.

Meine Damen und Herren,

in meiner ersten Haushaltsrede vor vier Jahren hab ich einen Satz aus dem damaligen Bericht des Rechnungshofes zitiert: wörtlich hieß es:

„Die DG hat kaum Einfluss auf ihre Einnahmen [...] mit der Unterzeichnung von langfristigen Verbindlichkeiten im Rahmen der Projekte mit alternativer Finanzierung hat sie umso weniger Möglichkeiten ihre Ausgaben zu beeinflussen.“

In meinen Augen ein entscheidender Satz, welcher wir alle uns immer wieder vor Augen führen sollten, auch was die Diskussion zur Zukunft der Gemeinschaft angeht. Wir haben kaum oder keinen Einfluss auf unsere Einnahmen!

Gut, das sind Dinge die können sich ändern aber entscheidend ist die Haltung nicht was man macht sondern warum und wie.

Und ich glaube wichtig an einer Haushaltsdebatte sollte es sein, kleine Anmerkungen zu bringen, und dem Bürger einen Blick hinter die Kulissen zu gewähren.

Denn wie hab ich es bereits vor zwei Jahren gesagt:

Egal ob die Opposition Fakten bringt oder klare Analysen, oder Alternativen aufzeigt, es wird sowieso zerredet.

Meine Damen und Herren,

Entscheidend sind nicht nur Zahlen, Entscheidend ist die Haltung, womit und warum man etwas tut.

Ich möchte Ihnen anhand einiger Beispiele aufzeigen, woran man erkennt welche Haltung die DG Regierung oft einnimmt.

Zuerst einmal das Demokratie Verständnis, auch dies hab ich mehrfach angesprochen. Das der zuständige Finanzminister, eine schriftliche Frage einer Kollegin, mal erst nach Monaten beantwortet, und das seine Aussage im Parlament, dass er nicht wüsste wann genau, auch noch von Mehrheitskollegen applaudiert wird, zeigt das Verständnis dieser Mehrheit zur parlamentarischen Demokratie. Dabei tritt dieses Verhalten immer wieder auf.

Im vergangenen Jahr habe ich an jeden Minister einzeln, die Frage nach den Kosten seines Kabinettes gerichtet.

Wir erhielten zwar eine Antwort, aber die Fragen wurden nicht beantwortet.

So erhielt ich als Antwort die kumulierten Zahlen der Regierung, also die gesamten Kosten. Aber das hatte ich nicht gefragt.

Dieses Jahr, habe ich dann nur den Finanzminister nach den Kosten seines Kabinettes befragt, und wieder erhielt ich zwar eine Antwort, jedoch wurde die Frage nicht beantwortet.

Denn, wieder hat er nur die kumulierte Summe aller Kabinette vermerkt.

Man will uns also verschweigen, was jedes Kabinett einzeln kostet.

Oft, tritt solch ein Verhalten auf, wenn man sich die verschiedenen schriftlichen Fragen anschaut. Wir erhalten zwar Antworten, aber die Fragen werden nicht beantwortet. Als Beispiel hier die Kosten der Kabinette.

Welche Haltung steckt also steht also dahinter. Will man etwas verbergen?

Aber wenn man es doch ehrlich meint, und so Bescheiden ist, wie es Herr Paasch behauptet, dann versteh ich nicht was es zu verbergen gilt.

Oder, vielleicht ist man doch nicht so bescheiden.

Genau dasselbe geschah vor einem Jahr als es um die Bezuschuss im Spitzensport um eine Summe von 25.000,- € ging –

Wir mussten mehrmals nachfragen bis die Ministerin, bestätigte das die DG dem Rennstall Wallonie Brüssel 25.000,- € gegeben hat.

Auch das der Minister in den letzten Haushaltsdebatten nicht darauf eingegangen ist, wie die Unkostenpauschale an die Minister besteuert wird, zeigt dass man immer wieder etwas verbergen möchte.

Im Falle der Unkostenpauschale, will man wahrscheinlich verschweigen, dass die Minister diese steuerfrei erhalten.

Welche Haltung steht also dahinter?

Dies sind einfache Beispiele um zu verdeutlichen, dass die Regierung Lambertz versucht Zahlen zurückzuhalten und zu beschwichtigen –

Ich frage Sie, kann man jemanden trauen, der Zahlen zurückhält, und diese nicht veröffentlicht?

Kollegen und Kolleginnen,

auch dieses Jahr waren die Ausschusssitzungen, bis auf den Bericht des Rechnungshofes, nicht sehr erhellend.

Politische Fragen konnte man ohnehin nicht stellen, zumindest nicht im Ausschuss I, der zuständige Finanzminister hat an keiner Ausschuss-Sitzung teilgenommen.

Auch hier, welche Haltung nimmt ein Finanzminister ein, dass er an keiner Haushalts-Ausschuss Sitzung teilnimmt?

Übrigens dasselbe gilt für ihn, bezüglich der Anhörungen der Experten zum Fiskalpakt.

Dieses Verhalten spricht eigentlich Bände.

Ein Minister hat eigentlich in den Ausschuss-Sitzungen anwesend zu sein.

Besonders wenn es um den Haushalt geht. Man kann immer mal fehlen, aber dass man gar nicht kommt.

Meine Damen und Herren,

immer wieder kam in den letzten Jahren das Thema Europa und die Auswirkungen der EU Finanzpolitik in den Haushaltsdebatten vor.

Vor anderthalb Jahren hatte ich während der Debatte zur Zustimmung zum ESM, klar und deutlich auf die Gefahren der EU Finanzpolitik hingewiesen.

Nachzulesen im Ausführlichen Bericht Nr. 35 vom 19-03-2012.

Und vor einigen Wochen als ein Mehrheitskollege eine Interpellation einreichte, zu den Auswirkungen dieser EU Finanzpolitik, konnte jeder aufmerksame Zuhörer erkennen, dass selbst Mehrheitskollegen dies teilweise als absurd ansehen, so z.B. die Auswirkungen für die Gemeinden der DG, welche zu Maßnahmen gezwungen werden, welche uns noch oft beschäftigen werden.

Ich möchte auch aufgrund von einigen Äußerungen des Herrn Paasch in der letzten Sitzung noch einmal klar und deutlich unseren Standpunkt in dieser Angelegenheit darlegen.

Denn man sollte nie Europa und die Europäische Union gleich stellen, so wie es Vertreter der klassischen Politik immer wieder gerne tun.

Europa ist nicht die europäische Union, Europa ist ein Kontinent,

Europa das bedeutet Geschichte, das bedeutet auch Länder, Nationalstaaten, und Europa bedeutet Menschen, unterschiedliche Menschen, in verschiedenen Völkern. Europa ist nicht nur ein Europa der Regionen, Europa das bedeutet vor allem verschiedene Kulturen, und jede hat seine Eigenart.

Und da kann man nicht alle in einen Topf werfen, und von oben herab Gesetze verordnen, ohne dass man die Bürger befragt, und ohne demokratische Legitimation.

Und dann auch noch alle mit der gleichen unseligen Währung ausstatten, das dieses Experiment der klassischen Politik schief gelaufen ist erleben wir gerade in großen Teilen unseres Kontinentes!

Ja, Europa war auch mal ein Traum.

Nach den schrecklichen Ereignissen der Weltkriege wollte man ein friedliches Bündnis schaffen und der Grundgedanke der Europäischen Gemeinschaft war gut und richtig.

Aber was ist daraus geworden und was hat dies noch mit dem Grundgedanken zu tun. Die Europäische Union ist heute ein bürokratischer Macht-Apparat gelenkt von Lobbyisten der Banken, und der Industrie.

Ja, und der Vergleich der EU mit einer Krake ist treffend!

Und dass der zuständige Arbeitsminister, Herr Paasch, uns als Gefahr für die Demokratie in Europa darstellt und dies in einem äußerst aggressiven Ton, wo wir in unserem Grundsatzprogramm seit Jahren die Volksbefragung tief verankert haben, und dies als lebendige Beteiligung der Bürger verstehen, ein System welches in der Schweiz seit eh und je gut funktioniert.

Uns als Gefahr zu bezeichnen, ist schon allerhand.

Denn das, was die Demokratie in Gefahr bringt, das waren u.a. ihre Zustimmungen zum Lissabonvertrag, ihre Zustimmung zum ESM, und ihre Zustimmung zum Fiskalpakt.

Auch durch die Verträge welche hier im Hause abgeseget wurden, wurde die Demokratie in der EU in vielen Bereichen geschwächt.

Und dies sind nicht nur meine Worte.

Zahlreiche Experten haben uns bei der Anhörung zum Fiskal-Pakt genau dies dargelegt! Nachzulesen im Bericht zum Fiskalpakt im Dokument 143.

Wer hier eine Gefahr bildet ist eigentlich klar!

Also hören Sie bitte mit ihren unsachlichen, und ihrem Amt unwürdigen Äußerungen auf. Sagen Sie lieber den Bürgerinnen und Bürgern einfach die Wahrheit!

Sagen Sie den Menschen, dass trotz aller Anstrengungen es nie mehr Arbeitslose in der EU gab und nie mehr Schulden.

Sagen Sie den Menschen, dass Sie durch die Zustimmung zum Lissabonvertrag, die Banken mit unglaublicher Macht ausgestattet haben, und zwar durch Artikel 123.

Sagen Sie den Menschen, dass dadurch die Staaten von ihrer Souveränität beraubt wurden! Sagen Sie, dass die Macht über unser Geld in der Hand von einigen Bankern liegt!

Und sagen Sie, dass die europäischen Freihandelsabkommen der EU, welche auch Sie hier im Hause zugestimmt haben den Hunger in der Welt verstärken.

Und dass auch diese Abkommen mit verantwortlich sind für die Flüchtlingsströme aus Afrika. Auch dies sind nicht nur meine Worte, und sie wissen es.

Und kommen Sie jetzt nicht mit Ihrer Polemik, da kann die DG doch nicht für.

Oder die DG, ist nicht verantwortlich für das verschmutzte Grundwasser, oder andere unredliche Vergleiche welche Sie des Öfteren hier bringen und unsere Aussagen versuchen aus den Kontext zu reißen.

Das zeigt wie hilflos Sie in ihrer Argumentation sind, und keine sachlichen Gegenargumente haben.

Meine Damen und Herren das ist ihre EU!

Und mit solch einem Verein, der den Hunger in der Welt mehrt, der die Staaten abhängig macht, und der Industrie und den Banken immer mehr Macht gibt! Und der die Staaten dazu verpflichtet sich aufzurüsten.

Mit solch einem Verein kann eigentlich kein Demokrat mit einverstanden sein!

Oder sie belügen sich selbst.

Und ich glaube, das tun Sie sehr oft!

Und hören Sie auf, zu behaupten man könnte nichts dagegen tun als kleine DG, und hören Sie auf mit Nebelkerzen von der Realität abzulenken!

“Bezweifle nie, dass eine kleine Gruppe umsichtiger, engagierter Bürger die Welt verändern kann. In der Tat ist das die einzige Sache, die das jemals getan hat.” Hat Margaret Mead mal gesagt -

Noch eins, lassen Sie diese unredlichen Diffamierungen uns gegenüber, das bringt nichts. Davon lassen wir uns nicht einschüchtern oder beeinflussen.

Wir sagen was wir zu sagen haben.

Und bezüglich der Machenschaften der EU werden wir weiterhin Klartext sprechen, ob ihnen das gefällt oder nicht -

Und noch eins, Herr Arbeitsminister,

anstatt uns zu diskreditieren, sollten Sie sich besser mal um längst überfällige vernünftige Reformen und vernünftige Projekte im Arbeitsamt kümmern.

Im Oktober waren im Vergleich zum Vorjahr, 228 Personen mehr arbeitslos.

Und die Arbeitslosigkeit ist in der DG auch oft stärker angestiegen, als in anderen Landesteilen.

Und was ist ihr Konzept?

Ach, Ja nur als Erinnerung, wie sagten sie mal so treffend:

„Wir treten in erster Linie als Arbeitgeber auf!“

Ja, so sieht ihre Beschäftigungspolitik aus, man stellt Personen im öffentlichen Dienst ein. Ja, wie der große Bruder der SP – die PS es in der Wallonie seit Jahrzehnten vor macht. Ein riesiger Verwaltungsapparat auf der einen Seite und auf der anderen Seite eine Steuerlast die den Bürger erdrückt!

Und auch hier, sagen Sie den Menschen doch einfach die Wahrheit!

Aber das fällt Ihnen anscheinend schwer.

Und kommen Sie mir jetzt nicht mit dem Spruch:

Ja die weltweite Finanz und Wirtschaftskrise geht auch nicht spurlos an der DG vorbei. Ich habe Ihnen klar und deutlich vor anderthalb Jahren erklärt, dass es sich in der DG um eine interne Krise handelt.

Und es die internen Versäumnisse sind welche die DG in eine Krise geführt haben.

Noch ein Satz zu den Kollegen der ProDG.

Oft hat man den Eindruck, in jüngster Vergangenheit, dass die ProDG, eine Lücke schließen will, und man möchte von der Schwäche der Liberalen profitieren. So liest man in Leserbriefen, dass ProDG Kollegen, von der Notwendigkeit der Lohnnebenkostensenkung sprechen.

Der zuständige Arbeitsminister Paasch, hat dies ja auch mal auf einem Empfang der KBC Bank Gruppe gemacht, und sprach von der Notwendigkeit von Reformen.

Ja, wie bereits gesagt, welch große Erkenntnis.

Aber seien sie beim nächsten Mal so redlich, und sagen oder schreiben Sie bitte dabei, dass Sie alle europäischen Verträgen zugestimmt haben, auch denjenigen welche die Staaten in Knechtschaft der Banken genommen haben und das gerade dadurch sich dieses Dilemma in Europa verschärft hat.

Und u.a. verhindert die durch den Vertrag gestärkte Finanzindustrie die Besteuerung von Spekulationsgewinnen.

Seien Sie also so ehrlich, und schreiben Sie es nächstens dabei!

Meine Damen und Herren,
was wir in Belgien haben ist klar.

Erstens einen viel zu teuren Verwaltungsapparat, viel zu viele Pöstchen und Minister auch in der DG.

Und nicht nur die Provinzen sind überflüssig,

überflüssig ist auch der Senat und zahlreiche Posten im Dschungel der Verwaltung, welche in gehobenen Positionen immer noch politisch besetzt sind, und wo nicht immer in erster Linie die Qualifikation ausschlaggebend ist.

In meiner ersten Haushaltsrede vor 4 Jahren, hab ich ein Zitat von Friedrich dem Großen benutzt um auf diesen Missstand hinzuweisen:
„Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, dass jeder Einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss.“

Gut, das wissen wir, das kennen wir nur ändern tut sich nichts.
Solange der Bürger der klassischen Politik sein Vertrauen schenkt, solange wird er gerupft werden, manchmal sogar ohne dass er es wahrnimmt.
Auch hier möchte ich an meine erste Haushaltsrede erinnern.
Jean Baptiste Colbert der damalige Finanzminister von Ludwig XIV, sagte einmal zum Thema Steuern.

„Die Kunst der Besteuerung besteht ganz einfach darin, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viel Federn bei möglichst wenig Geschrei erhält.“
Aber, das Geschrei wird lauter und das ist gut so!

Wissen Sie was manchmal das traurigste an unseren Medien ist?
Vor einigen Wochen sind mehrere hunderttausend Menschen in Spanien auf die Straße gegangen um gegen die Finanzpolitik des Landes und gegen die EU zu demonstrieren.
Das Traurige, kaum ein Nachrichtensender hat darüber berichtet, man fand dies höchstens als Randnotiz, soweit ist es schon gekommen.
In Spanien lag die Jugendarbeitslosenquote im Oktober 2013 saisonbereinigt bei 57,4 Prozent. Aber auch in Belgien ist diese sehr hoch und liegt aktuell bei 23,40 %.
Quelle:
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/>

Ich erinnere Sie, in den Ländern der EU sind mehr als eine Millionen Menschen mehr arbeitslos als vor einem Jahr. In der Eurozone sind es mehr als 19,5 Millionen in allen Ländern der EU mehr als 27 Millionen.

Wo geht dies hin?

Nun, ganz sachlich gesprochen, die Instrumente der klassischen Politik sind gescheitert. Die EU Krisengipfel sind eine Farce in Anbetracht der Zahlen.

Wir brauchen ein Umdenken.

Dass der zuständige Finanzminister sich mittlerweile auch über Alternativen informiert und sogar in der Schweiz, die berühmte WIR Bank besucht hat, ist auf der einen Seite löblich.

Wobei, er hätte nicht bis zur Schweiz fahren müssen, bereits 2006 hatte Vivant einen Vortrag im Europasaal des Ministeriums organisiert, mit der bekannten Professorin Margrit Kennedy, welche auch über die WIR Bank gesprochen hat, einige Schritte über die Straße hätten gereicht.

Entscheidend ist auch hier, nicht das alleinige Interesse, selbst die Umsetzung alleine ist nicht das Hauptkriterium sondern die Haltung womit man etwas macht und wofür, und dies besonders beim Geldsystem.

Das jetzige System, beruht durch den Zinseszinsmechanismus auf Ausbeutung und hat nur eine begrenzte Laufzeit, und die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Aber die Geschichte lehrt uns auch, dass selbst die fairsten Finanz-systeme durch Missbrauch ganze Völker in den Abgrund gerissen haben. Denn die Haltung der Mächtigen war Ausschlag gebend. Und die Haltung dieser Regierung zum Geldausgeben und zur Macht ist ja bekannt.

Meine Damen und Herren,
wir haben immer wieder von den notwendigen Reformen im Geld- und Finanzsystem gesprochen, wir haben Alternativen aufgezeigt und immer und immer wieder an Ihre Vernunft appelliert, nicht alles was von Brüssel kommt mit Ja und Amen abzusegnet. Aber entscheidend ist nicht nur welches System wir vertreten, oder welche Reformen wir machen, entscheidend ist die Haltung womit und warum man etwas macht!
Wir von Vivant bleiben unser Haltung treu!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
Michael Balter – Vivant-Fraktion im PDG